

2.4.2022

Rede auf dem Landesparteitag der FDP NRW

Lesedauer: 22 Minuten

Vor etwas mehr als zwei Jahren, im Januar 2020, habe ich Kiew besucht - übrigens auf einer Reise, deren Zielpunkt Moskau war. Wir haben uns dazu als Delegation der Bundestagsfraktion, bewusst entschieden zuerst Station in Kiew zu machen, weil auch Reiserouten politische Botschaften sein können. In Kiew haben wir Gespräche geführt. Unsere Delegation u.a. mit Bijan Djir-Sarai hat Gespräche mit dem heutigen ukrainischen Außenminister, mit dem heutigen Verteidigungsminister und mit den Vertreterinnen und Vertretern aus dem Parlament, Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft geführt.

Wir haben damals vor gut zwei Jahren in der Ukraine Menschen getroffen, die fraglos noch viele Aufgaben zu bewältigen hatten: Aufbau einer Verwaltung, eines Rechtsstaats, Schaffung einer stabilen Demokratie, Bekämpfung der Korruption. Da war viel noch zu tun. Das war jedem, auch ihnen selbst, klar. Aber zugleich haben wir gespürt, welche grundlegende Entscheidung dort in dieser Gesellschaft von den Ukrainern und Ukrainern schon getroffen worden war, nämlich eine Entscheidung gegen die geschlossene Gesellschaft eines Wladimir Putin und für unsere offene Gesellschaft. Eine Entscheidung gegen den Oligarchen-Kapitalismus und für soziale Marktwirtschaft, wie wir sie leben. Eine Entscheidung gegen ein Leben, eine staatliche Entwicklung in Abhängigkeit von Russland, sondern ein Weg eigenständig in die Völkergemeinschaft. Deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, verdient die Ukraine unsere Solidarität - wie wir solidarisch sind mit Staaten, die angegriffen werden. Sie verdient aber auch Solidarität, weil sie in Wahrheit die Werte verteidigt, die auch uns heilig sind.

Deutschland hatte in der Außenpolitik über Jahre eine Doktrin: bei bewaffneten Konflikten und bei Krisen Zurückhaltung zu üben. Wir haben uns auf Diplomatie beschränkt. Wir haben finanziell unterstützt. So haben wir das auch über viele Jahre gemacht. Und auch jetzt in der Spannung und dann nach dem Angriff mit Blick auf die Ukraine. Wir haben aber auch viele Gespräche geführt. Heute war ja bereits die ukrainische Generalkonsulin hier. Gestern habe ich Wladimir Klitschko getroffen. Er und eine Delegation haben mich im Finanzministerium besucht. Wir haben Gedanken ausgetauscht und über die Lage berichtet. Eindringlich haben diese Vertreterinnen und Vertreter der Ukraine für Unterstützung auch bei der Lieferung von Waffen geworben.

Deutschland hat sich damit viele Jahre und Jahrzehnte auch schwergetan. Oft genug war einer der Gründe unsere deutsche Geschichte. Ich habe im Gespräch mit Ukrainerinnen und Ukrainern in den vergangenen Wochen eines gelernt: Die deutsche Geschichte ist keine Entschuldigung, nichts zu tun, sondern gerade im Fall der Ukraine ist die deutsche Geschichte Ausdruck der Verantwortung, wirklich etwas zu tun und zu helfen. Deshalb wird es auch weitere Unterstützung geben, auch in der Form der Versorgung mit den benötigten Waffen.

Russland hat seinen Platz im Haus Europa. Das haben wir immer unterstrichen. Das war auch das Erbe der Entspannungspolitik, an dessen Ende der Fall des Eisernen Vorhangs und die deutsche Wiedervereinigung standen. Der Platz im Haus Europa hat allerdings eine Voraussetzung: Dass man sich an die Hausordnung, dass man sich an die gemeinsamen Regeln hält. Der völkerrechtswidrige Angriff auf die Ukraine ist nun spätestens das Ende jeder Illusion. Nicht das Ende jeder Illusion über die Zukunft des russischen Volkes. Aber das Ende jeder Form von Täuschung hinsichtlich der Absichten und der verbrecherischen Politik von Wladimir Putin. Und deshalb muss das Russland von Wladimir Putin politisch, finanziell und wirtschaftlich vollständig isoliert werden.

Deshalb gibt es die schärfsten, ich glaube sogar beispiellos scharfe Sanktionen gegen Russland. Putins Kriegskasse ist hart getroffen. Wortwörtlich gibt es kein „business as usual“ mit der russischen Seite. Auch in internationalen Organisationen und bei internationalen Treffen ist Russland isoliert. Wir werden es fortsetzen und werden die Sanktionen Schritt für Schritt ausweiten. Nun hat Wladimir Putin angekündigt, für unsere Energieimporte, zumal die Gaslieferungen, wolle er nur noch Rubel akzeptieren. Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, Verträge sind Verträge. Die Verträge basieren auf Dollar und Euro. Wir werden diese Verträge erfüllen, aber es wird keine Form von politischer Erpressung durch Wladimir Putin geben.

Natürlich denkt ihr genauso wie ich jeden Tag an unsere Energieabhängigkeit von Russland. Wie hoch der Anteil an Gas und Öl und Kohle übrigens auch vieler anderer Rohstoffe ist, die wir aus Russland beziehen. Natürlich frage auch ich mich wie ihr jeden Tag, diese Form der wirtschaftlichen Beziehung, muss man nicht auch diese nun einstellen und beenden? Und mein Herz, wenn ich nur nach ihm entscheiden könnte, mein Herz wüsste, was zu tun ist. Aber bei Sanktionen muss man wissen, was die Folgen sind, wie unsere Durchhaltefähigkeit in einer Spannungslage mit Russland sich entwickeln würde, wenn wir von uns aus ein Import-Embargo gegen Russland verhängen würden. Man muss wissen, was man tut. Es ist keine politische Abwägung. Es ist noch nicht einmal eine Frage des Geldes. Es ist eine physikalische Frage, ob wir physikalisch in der Lage wären, jetzt ein sofortiges Embargo ohne schwerste Verwerfungen, ohne massive Beeinträchtigung unserer strategischen Durchhaltefähigkeit zu verhängen. Deshalb lasst uns schnellstmöglich daran arbeiten, die Abhängigkeit von Russland zu beenden. Aber wir sollten von uns aus keine Sanktionen beschließen, die uns strategisch schwächen. Putin wollen wir schwächen, nicht uns selbst. Sanktionen sollen ihn treffen, aber nicht uns schwächer machen.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich war vergangenen Freitag in Berlin in einer Einrichtung, in der Geflüchtete aufgenommen werden. Es ist das ehemalige Hotel Merkur am Flughafen Tegel. Das gehört zur Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, die in meinem Geschäftsbereich als Finanzminister ist. Und ich habe dort Menschen getroffen, die aus der Ukraine geflüchtet sind. Das sind überwiegend Mädchen und Frauen. Diese haben von ihren Erfahrungen von Vertreibung und Flucht berichtet, von den schrecklichen Erlebnissen während des Kriegs. Das hat mich tief berührt. Genauso beeindruckt hat mich aber auch, was Sie darüber hinaus gesagt haben und ihre Haltung. Eine Frau saß mir gegenüber, sie hatte so ein kleines Heftchen mit den Fragen, die sie an den Minister richtet. Erste Frage: Wo kann ich mich registrieren lassen? Zweite Frage: Wo kann ich Deutsch lernen? Dritte Frage: Wie finde ich Arbeit?

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, es werden viele Menschen, wenn hoffentlich bald wieder Frieden herrscht, zurückkehren wollen in die alte Heimat, zurück zu ihren Söhnen, Brüdern, Männern und Vätern, um dieses Land aufzubauen. Es werden andere aber bleiben. Und liebe Freundinnen und Freunde, die, die in die Heimat zurückgehen, denen können wir sagen: Wir helfen euch auch, dass die Ukraine eine gute Zukunft hat. In enger Partnerschaft zur Europäischen Union, wie es ja sehr klug formuliert ist in dem Antrag, den wir gemeinsam beschlossen haben. Wir unterstützen euch beim Aufbau der Ukraine. Aber diejenigen, die mit der Haltung zu uns kommen, wo kann ich mich registrieren lassen? Wo lerne ich Deutsch? Wo finde ich Arbeit? Die Menschen, die mit dieser Haltung zu uns gekommen sind, als Geflüchtete und auf Dauer bleiben wollen, sollten wir mit offenen Armen auch auf Dauer aufnehmen und willkommen heißen.

Wir werden deshalb auch Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Für die aus der Ukraine Geflüchteten gibt es besondere gesetzliche Regelungen aufgrund einer europäischen Richtlinie, die wir aktiviert haben. Und deshalb werden die Menschen, die zu uns kommen, sofort das Angebot von Bildung und den Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Sie bekommen in ihrem Ausweis einen Aufkleber, der zugleich die Aufenthaltsgenehmigung ist. Sie bekommen vom ersten Tag, an dem sie hier sind, sofort das Angebot von Integrationsmaßnahmen, Spracherwerb und den Zugang zum Arbeitsmarkt. Wenn die Menschen sich integrieren wollen und wenn sie bei uns arbeiten wollen, dann sollte der Staat das möglich machen und nicht künstlich Hürden aufbauen.

Liebe Freundinnen und Freunde, der Ukraine-Krieg hat nach meiner Überzeugung auch unsere Rolle in der Welt und unseren Blick auf die Welt verändert, und zwar ganz grundlegend. Ich habe vor gut zehn Jahren gemeinsam mit Hans-Dietrich Genscher ein Buch veröffentlicht. Und ich weiß noch, wie vor zehn Jahren Genscher mit Blick auf die Europäische Union sagte: Das alte Narrativ der europäischen Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem Gedanken, Krieg zu verhindern und Frieden zu schaffen. Das sei historisch. Heute ginge es aber um den Binnenmarkt und Freizügigkeit und Erasmus und anderes mehr. Also wirtschaftliche Vorteile, praktische Vorteile im Alltag, gemeinsames Auftreten auf der Weltbühne, aber Frieden in Europa. Denn wer kann sich Panzer in Europa vorstellen?

Das ist zehn Jahre her. Und wie oft wurde an der Europäischen Union gemäkelt? Neulich hieß es noch, die NATO sei hirntot. Wir haben uns über Alltagsprobleme zerstritten und manchmal lustig gemacht. Manches wurde als lästig empfunden, das Zwei-Prozent-Ziel für Verteidigung etwa bei den Haushaltsaufstellungen und über bestimmte europäische Richtlinien. Damit haben auch wir gelegentlich Wahlkämpfe bestritten, wie alle anderen auch. Und fraglos gibt es auch hier und da bei den Strukturen und Institutionen immer noch Anlass zur weiteren Vervollkommnung, sonst wären ja auch wir als Freie Demokraten arbeitslos, wenn wir nicht immer neue Dinge in Frage stellen wollten und Dinge verbessern werden. Aber dennoch zeigt sich eins: selbst wenn nur Frieden und Stabilität das Ergebnis der vergangenen Jahrzehnte gewesen wäre für uns hier in Deutschland und Europa, hätte es sich gelohnt.

Liebe Freundinnen und Freunde, Wladimir Putin darf und wird seine Kriegsziele nicht erreichen. Eines aber, was er nicht beabsichtigt hat, das hat er bereits erreicht. Ich telefoniere, texte, treffe nahezu jeden Tag Kolleginnen und Kollegen aus dem internationalen Umfeld, aus den G7-Staaten, aus der NATO, aus der Europäischen Union. Putin erreicht seine Kriegsziele in der Ukraine nicht. Eins hat er erreicht: Der Kreis der liberalen Demokratien weiß wieder, was er an der Zusammenarbeit hat. Und dieser Kreis steht enger zusammen.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich möchte, dass wir daraus Schlussfolgerungen ziehen. Madeleine Albright ist neulich verstorben. Sie hat einmal die Idee geprägt, einer League of Democracy, also der engeren Zusammenarbeit der liberalen Demokratien der Welt, also Kanada, Japan, Europäische Union, USA, Australien und Südkorea. Alle, die im Prinzip unsere Werte teilen. Liberale Demokratie, Marktwirtschaft, Geltung des internationalen Rechts sollten enger und stärker zusammenarbeiten. Wir müssen erkennen, dass wir nicht nur große Abhängigkeiten von Russland haben, sondern ohne beide vergleichen zu wollen, aber dennoch auch von China. Das kann man nicht sofort auflösen, auch unsere engen bilateralen Handelsbeziehungen mit China nicht. Aber wenn wir im Kreis derjenigen, die unsere zivilisatorischen Werte teilen, enger politisch zusammenarbeiten, dann ist das doch eine Einladung, auch wirtschaftlich die Beziehungen zu vertiefen. Jetzt ist doch eigentlich der Zeitpunkt gekommen, wo wir die Abhängigkeiten von Russland in der Energie sehen, doch unsere energiepolitischen Beziehungen etwa zu Kanada, die gerne exportieren würden, zu verbessern. Es ist doch jetzt der Zeitpunkt, wo wir die großen Abhängigkeiten von China auch mit großer Sorge und Skepsis sehen. Unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA zu vertiefen. Jetzt ist also die Zeit, über freien und fairen Welthandel im Kreis der liberalen Demokratien zu sprechen.

Gestern vor zehn Jahren in dieser Halle fand auch ein Landesparteitag statt, das war vor der Landtagswahl 2012. Das war der Landesparteitag damals vor einem Jahrzehnt, bei dem ich Spitzenkandidat geworden war. Damals hatten wir die politische Formel: Lieber neue Wahlen als neue Schulden. Jetzt erinnern sich manche, das war 2012.

Wir haben eine Neuwahl in Kauf genommen, statt einen rot-grün-roten Schulden Haushalt im Landtag zu billigen. Damals bin ich als Spitzenkandidat mit dieser politischen Grundüberzeugung angetreten und ich habe diese Grundüberzeugung bis heute. Staatsschulden überzogene Staatsschulden sind schädlich. Sie verdrängen wirtschaftliche Prosperität aus dem privaten Bereich. Sie gefährden die langfristige Stabilität öffentlicher Finanzen. Sie bergen in sich die Gefahr der Inflation. Sie sind auch für den Finanzminister ein Risiko, weil nicht auf Dauer die Zinsen auch für den Staat niedrig bleiben werden. Also lieber neue Wahlen als neue Schulden. Das Bekenntnis zu soliden öffentlichen Finanzen besteht. An das fühle ich mich auch unverändert gebunden. Und dennoch habe ich ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr vorgeschlagen. Und wir werden es auch in das Grundgesetz schreiben. So sehr wir die Solidität öffentlicher Finanzen wollen, die langjährige Vernachlässigung der Bundeswehr muss in dieser neuen weltpolitischen Situation beendet werden.

Liebe Freundinnen und Freunde, mein Vorschlag war es, es bewusst ins Grundgesetz neben die Schuldenbremse zu schreiben, damit der Ausnahmecharakter erhalten bleibt. Damit verstanden ist: Das ist Teil der Verfassung und es ist eine einmalige Initiative, um langjährige Vernachlässigung aufzuholen und um Vorhaben zu realisieren, die wir noch über viele Jahre, vielleicht gar Jahrzehnte, im Einsatz in der Verwendung bei den Streitkräften sehen werden.

Die Schuldenbremse beachten wir aber ansonsten. Wenn es hoffentlich im nächsten Jahr keine Katastrophe gibt, dann werden wir diese Schuldenbremse auch wieder einhalten müssen. Das ist der Befehl des Grundgesetzes. Das ist keine beliebige politische Festlegung. Und deshalb wird es jeden Tag auch Gespräche darüber geben, was möglich ist. Jeden Tag gibt es Wünsche, was an zusätzlichen politischen Vorhaben realisiert werden soll. Der Koalitionsvertrag der Ampel ist reich an ambitionierten politischen Ideen. Es gibt auch immer parteipolitisch motivierte Projekte. In Deutschland haben wir sehr viel Konsum in unseren öffentlichen Haushalten. Wir neigen auch zur Umverteilungsdiskussionen. Das ist alles politisch legitim, aber eben mit der Leitplanke, dass die Schuldenbremse des Grundgesetzes eingehalten wird. Darauf dürfen die Menschen bauen. Dass wir aber auf der anderen Seite für große Vorhaben jetzt auch Mittel mobilisieren müssen, dass ich Mittel organisiere und mobilisiere dafür, dass wir unsere Energieversorgung unabhängig von Russland aufstellen, dass wir überhaupt physikalisch unsere Energieversorgung sichern, dass wir dafür jetzt Schiffe chartern, die vor den deutschen Küsten in den Häfen in der Lage sind, angeliefertes Flüssiggas umzuwandeln, damit wir es nutzen - das kostet Hunderte Millionen Euro in der nächsten Zeit, dass wir die Bundeswehr ertüchtigen mit modernem Gerät und dafür auch jenseits der Schuldenbremse Mittel bereitstellen müssen. Liebe Freundinnen und Freunde für diese Prioritätensetzung, für jeden Euro, den wir in die Sicherung unserer Energieversorgung investieren müssen, für jeden Euro, den wir aufwenden als Investition in unsere Freiheit – und das bedeutet in unsere Bündnisfähigkeit. Für jeden dieser Euros suche ich das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern auf den Marktplätzen. Weil so zu handeln ist auch Ausdruck unserer staatspolitischen Verantwortung.

Liebe Freundinnen und Freunde, die Corona-Pandemie und jetzt der schreckliche Krieg in der Ukraine mit den damit verbundenen Sanktionen haben negative Auswirkungen auf unsere wirtschaftliche Entwicklung. Darüber darf sich niemand hinwegtäuschen. Das Wachstum wird nach und nach nach unten korrigiert. Auf der anderen Seite, das sehen und merken wir alle, steigen die Preise. Das ist eine sehr empfindliche ökonomische Situation, in der wir uns befinden. Sie ist geradezu gefährlich. Man nennt diese Situation ja, die uns drohen könnte Stagflation - aus der es dann auch sehr schwer ist herauszufinden, wenn das Wachstum weg ist und die Inflation steigt. Das große Auswirkungen auf das Vertrauen der Menschen. Sehr große Auswirkungen auch auf die Bereitschaft zu investieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Deshalb unternehmen wir alles, was in unserer Macht steht, um das Risiko der Stagflation zu vermeiden. Dazu gehört zuerst, dass wir ein großes Paket, genauer gesagt sogar schon zwei große Pakete geschnürt haben, um die Menschen zu entlasten. Das nimmt auch Druck, beispielsweise von den Lohnverhandlungen. Denn wenn der Staat sich zurücknimmt, und die steigenden Preise nicht noch weiter erhöht werden durch die Steuern der Menschen, dann bleibt auch mehr von einer Gehaltserhöhung oder von einer Überstunde.

Wir haben ein Paket in Milliarden-Größenordnung geschnürt. Darin enthalten war eine Senkung der Lohn und Einkommenssteuer über den Grundfreibetrag und den Arbeitnehmer-Pauschalbetrag. Zum 1.7. wird für alle - von der Rentnerin über die Familie bis zum Handwerksbetrieb - die Umlage für die erneuerbare Energie wegfallen. Wir haben für Grundsicherungsempfänger eine Einmalzahlung verabredet und es gibt auch eine Entlastung an der Zapfsäule, indem wir die europäische Energiesteuer auf das Mindestmaß zurücknehmen, wie das viele unserer europäischen Partner machen. Das klare Signal an die Menschen und an die Wirtschaft ist: Der Staat lässt euch in dieser schwierigen Situation nicht allein. Wir müssen gemeinsam die Belastungen dieser Krisenphase schultern, damit wir gut aus ihr herausfinden. Nichts zu tun wäre in dieser Situation keine gute Alternative gewesen.

Aber was wir tun, was und ist politisch umstritten. Beispielsweise soll wirklich die breite Mitte entlastet werden. Ihr sagt jetzt sicher „ja natürlich“. Das war aber umstritten. Da gab es Vorschläge nur etwas für Grundsicherungsempfänger zu tun und natürlich müssen auch diese eine Hilfe erhalten. Wir haben die Heizkostenzuschüsse für Wohngeld-Empfänger und Bafög-Empfänger erhöht, weil das notwendig ist, weil bei diesen Menschen ist die Frage ist, ob am Ende des Monats bei der Preisentwicklung auch bei den Lebensmitteln der Kühlschrank voll oder leer ist. Da musste gehandelt werden. Aber es gibt auch die breite Mitte der Gesellschaft. Weil Yvonne gerade vor mir gesprochen hat zuletzt, denk ich mal an die Lehrerin, die nach einem Studium zum ersten Mal eine Anstellung gefunden hat. Sie wohnt vielleicht in Köln. Und beklagenswerter Weise muss sie in Düsseldorf ihren ersten Job annehmen. Sie wohnt in Köln und muss jeden Tag nach Düsseldorf. Dann fährt sie und es gab in der deutschen Politik links der Mitte Menschen, sogar in unserer Regierungskoalition in Berlin. Die haben gesagt, ab 3 4000 Euro brutto im Monat braucht man doch keine Entlastung von der Inflation. Da brauchen wir doch auch keine höhere Pendlerpauschale, die hat es gegeben. Da wird also quasi die Studienrätin nach ihrem Studium beim ersten Job in A 13 als reich erklärt. Als so

reich erklärt, dass man sie mit den Preissteigerungen allein lassen könnte. Wer aber qualifizierte Berufsanfänger, die Ingenieurin, den Polizeibeamten, den Handwerksmeister, also Menschen aus der breiten Mitte der Gesellschaft als reich erkennt, hat sich in Wahrheit vollständig von der Lebenswirklichkeit in der Mitte unseres Landes entfernt.

Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass es in aller Fairness für alle Entlastungen gibt, auch unter Berücksichtigung des linear progressiven Steuertarifs. Das ist ja eine Gerechtigkeitsvorstellung, das heißt höhere Einkommen weniger, aber die breite Mitte der Gesellschaft wird berücksichtigt, auch der Mittelstand. Da gab es Diskussionen über das Auto. Ob man beim Sprit etwas tun dürfte. Die Mehrwertsteuer und die Energiesteuer auf den Sprit zahlen auch alle. Da gibt es auch keine Differenzierung, dass der SUV-Fahrer einen höheren Anteil hat und der Dacia-Fahrer weniger. Und zu glauben, man müsste nur Berufspendler entlasten, blendet vollkommen aus, dass zum Beispiel auch Rentnerinnen und Rentner auf das Auto angewiesen sind. Dass es Menschen gibt, die unterwegs sein müssen zu pflegebedürftigen Familienangehörigen. Dass es Ehrenämter gibt, die auf das Auto angewiesen sind. Das ist nicht nur globale Ballungsräume gibt, sondern auch den ländlichen Raum. Am Ende des Tages muss man sogar erkennen: Es gibt Menschen, die fahren sogar gerne Auto und betrachten das als Ausdruck ihrer Freiheit, ohne sich mit anderen abstimmen zu müssen. Ohne einen Fahrplan zu beachten, sich in sein Auto setzen zu können und im Prinzip an jeden Ort kommen zu dürfen. Wir können gerne über alternative Antriebe sprechen. Meinetwegen können wir auch gerne eine gesellschaftspolitische Debatte über die Rolle des Autos führen. Dazu bin ich offen. Aber in dieser Krise haben wir nun wirklich keinen Raum und keine Zeit, solche ideologisierten Debatten miteinander auszufechten.

Und es geht ja weiter, wenn ich so in die Nachrichtenagenturen schauen oder in die Zeitungen. Da gibt es wieder Empfehlungen, kein Fleisch zu essen oder weniger oder das Tempolimit. Die ganzen Diskussionen werden wieder geführt. Ich möchte mich daran nicht beteiligen. Wer diese Debatten über Fleisch und Tempolimit führen will, darf das tun. Wir sind eine Demokratie mit Meinungsfreiheit. Das möge man vorantreiben. Ich sehe nur, dass aufgrund der stark steigenden Preise viele Menschen ohnehin schon ihr Verhalten, ihre Fahrweise, ihren Konsum verändern. Da haben die Preise schon eine Auswirkung.

Die Rolle der Politik sollte es deshalb nicht sein, genau diese Debatten und auch Befürchtungen weiter zu befördern. Die Verantwortung von Regierungen und die Verantwortung von Politikerinnen und Politikern, die für dieses Land tätig werden wollen muss es sein, Kapazitätsengpässe zu überwinden. Wir sollten nicht darüber nachdenken, was passiert, wenn wir nicht genug zum Beispiel Fleisch haben. Was passiert, wenn wir nicht genug Energieversorgung für Deutschland sicherstellen können, sondern die Anstrengungen insbesondere derjenigen in Regierungsverantwortung müssen darauf gerichtet sein, solche Kapazitätsnöte doch zu vermeiden. Das ist doch die Verantwortung, die wir für unser Gemeinwohl tragen.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich drücke das deshalb aus in der Rolle als Parteivorsitzender und nicht als Kabinettsmitglied: Weil bei aller Handlungsfähigkeit der Bundesregierung, die in dieser Krise notwendig ist und die ich auch nur unterstreiche, kommen wir immer auf eine gemeinsame Position. Es macht doch ein Unterschied, dass Freie Demokraten dabei sind oder nicht. Es macht schon ein Unterschied: Sondervermögen, da hätte man auch den Solidaritätszuschlag erhöhen können oder man hätte die Schuldenbremse insgesamt aufweichen mögen, um dann eine Einladung auszusprechen, alle guten Ideen auf Dauer auf Pump zu finanzieren. Bei der Entlastung hätte man auch ohne die breite Mitte vorangehen können. Man hätte die Einschränkungen bei der Mobilität vorsehen können. Ich will damit zum Ausdruck bringen: Es ist eine gute Bundesregierung, die in dieser Krise handlungsfähig ist, gute Entscheidungen trifft, staatspolitische Verantwortung trägt. Aber es macht eben am Ende doch einen Unterschied, ob Freie Demokraten in Düsseldorf und in Berlin mitentscheiden über das, was passiert. Ich habe immer gesagt, die FDP ist eine Partei der Mitte. Wir treten nur in einer Regierung der Mitte ein. Und wenn die FDP in einer Regierung Verantwortung trägt, dann wird diese Regierung auch eine Politik der Mitte und für die Mitte machen. Und daran halten wir fest.

Wir haben weitere Risiken vor uns. Ich habe das schon angedeutet: Bei der Energieversorgung. Bei den Lieferketten. Das sind große Risiken auch für unsere wirtschaftliche Substanz. Das ist der Unterschied zwischen der Corona-Krise und der Situation, in die wir jetzt geraten. Bei der Corona-Krise gab es intakte Strukturen und sie mussten gewissermaßen überbrückt werden durch staatliche Hilfsprogramme.

Wenn die Lieferketten sich verändern und wir auf Dauer nicht daraufsetzen können, günstige Energie zu importieren, dann geht es nicht darum, mit Staatshilfen eine Brücke zwischen vorher und nachher zu bauen. Da geht es um strukturelle Veränderungen. Es geht um ganz andere Wertschöpfungsketten, ein ganz anderes, mindestens ein modifiziertes Geschäftsmodell für Deutschland. Das ist nicht Covid. Sondern das, was uns jetzt aus dieser geopolitischen Veränderung bevorsteht, ist ganz anders und mehr und deshalb können wir wirtschaftliche Schocks abfedern. Wir können soziale Härten dämpfen. Wir können auch Lasten verteilen. Wir können akute Existenzgefährdung mit staatlichen Mitteln bekämpfen. Deshalb gibt es Entlastungspakete. Deshalb gibt es Unterstützung durch den Sozialstaat. Und ja, voraussichtlich in der kommenden Woche wird es auch eine neue Form von Unternehmenshilfen für besonders betroffene Betriebe aufgrund des Ukraine-Krieges und all dem, was damit verbunden ist, geben. Das werden wir tun.

Aber die Veränderung insgesamt, die uns jetzt bevorsteht, die kann der Staat nicht abfedern. Das kann der Staat nicht auf Dauer mit kreditfinanzierten Programmen übernehmen. Wir müssen uns deshalb klarmachen: Durch die geopolitischen Veränderungen besteht auch die Gefahr, dass wir ärmer werden. Neuen Wohlstand müssen wir also erst einmal wieder erwirtschaften, bevor wir ihn verteilen können.

Die jetzige Krise ist deshalb auch ein Anlass, sehr grundlegend über die Erneuerung unserer Wirtschaft und unseres Geschäftsmodells nachzudenken. Der Staat kann nicht auf Dauer mit geliehenem Geld eine Struktur erhalten. Also müssen wir neue Strukturen finden. In den öffentlichen Haushalten des Bundes stehen 200 Milliarden Euro bis 2026 zur Verfügung für die Transformation. Also für die Dekarbonisierung, etwa der Stahlbranche und Ladesäulen, Infrastruktur und neue Energieversorgung, LNG Terminals, was da an öffentlichem Geld nötig ist. Das ist viel Geld. Aber dennoch ist das nur ein Teil dessen, was wir benötigen.

Transformation klingt so einvernehmlich. Wir müssen das übersetzen: Es ist eine grundlegende Veränderung und Erneuerung unseres Landes. Die kann man nicht an den Staat delegieren und der macht das dann mit irgendwelchen 200 Milliarden Fonds für uns. Ich, als Finanzminister, kann ein paar Investitionen finanzieren, ein paar Anreize geben, aber die Hauptaufgabe liegt in Wirtschaft und Gesellschaft selbst, wenn wir diese Veränderung erreichen wollen, wenn wir unseren Wohlstand, an den wir uns gewöhnt haben, unsere soziale, unsere ökonomische Stabilität erhalten wollen, dann kann das nicht delegiert werden an die Politik. Es ist eine Aufgabe, die an uns selbst, an Wirtschaft und Gesellschaft, an jede und jeden Einzelnen zurückverweist. Dafür brauchen wir ein Bildungssystem, das Leistungsfreude mobilisiert, um das auch naturwissenschaftlich-technische Kenntnisse wieder stärkt, wenn wir unser Land mit neuer Energie Infrastruktur ausstatten wollen. Wir brauchen Unternehmen, die wieder neue, innovative Produkte entwickeln wollen. Wir brauchen saubere Technologie und andere Freiheitsenergien, die uns abkoppeln von günstigen Importen von woanders her. Wir brauchen Menschen, die Risikofreude haben und bereit sind ein neues Unternehmen zu gründen, ohne die Garantie auf Erfolg zu haben. Transformation ist nichts, was der Staat kann. Transformation, Umbau, Modernisierung unserer Gesellschaft ist etwas, was wir alle tun müssen. Niemand kann uns davon entlasten, dass viel harte Arbeit und Anstrengung auf dieses Land wartet.

Und liebe Freundinnen und Freunde, ich merke und weiß, dass ja diese Ambition bei uns vorhanden ist, sogar das Kapital ist vorhanden, das Know-how ist vorhanden. Was uns aber gegenwärtig fehlt, wenn Kapital und Know-how vorhanden sind, das ist ein Staat, der Dinge möglich macht. Wir haben in der Koalition in Berlin aus diesem Grund bereits in unserem Koalitionsvertrag verabredet, dass wir die Planungs- und Genehmigungsverfahren in unserem Land massiv beschleunigen werden.

Das ist nun noch dringlicher, als es ohnehin gewesen ist. Ich erwarte, dass wir noch in diesem Jahr gewissermaßen mit Lichtgeschwindigkeit die Planungs- und Genehmigungsvoraussetzungen für große Infrastrukturvorhaben, öffentliche Vorhaben, aber auch für Neuansiedlung, etwa von Betrieben, vereinfachen und beschleunigen. Und dazu wird auch gehören, liebe Freundinnen und Freunde in dieser schwierigen Phase, dass wir bestimmte Rechtswege und bestimmte Formen der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und auch die eine oder andere Naturschutz fachliche Abwägung anders treffen und einschränken, damit wir jetzt Tempo machen können bei der Erneuerung unseres Landes.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich habe gerade schon an das Jahr 2012 erinnert. An die damalige Landtagswahl, die gestern vor zehn Jahren hier begonnen hat. Wir waren in den Umfragen damals im März April 2012 bei 2-3 Prozent. Ähnlich kurz vor der Landtagswahl wie jetzt. Es wurden dann 8,6% innerhalb einiger weniger Wochen: Das ist der Faktor 3. Joachim Stamp fängt jetzt bei 8-9 Prozent in den Umfragen an. Da kann ja noch einiges kommen und es wäre gerechtfertigt, dass wir von dieser Ausgangslage noch stärker werden. Es ist ja offen, wie es nach der Landtagswahl hier weitergeht, welche Regierungsbildung zustande kommt. Ich rate deshalb davon ab, in irgendeiner Form koalitionsstaktisch zu wählen. Das müssen wir den Menschen auch sagen. Schaut euch an, was nach der Bundestagswahl passiert ist. Schaut euch an, was hier in Nordrhein-Westfalen passieren könnte. Orientiert euch an den Inhalten. Orientiert euch an Persönlichkeiten. Mit Yvonne Gebauer, mit Andreas Pinkwart, mit Christoph Rasche und mit unserem Spitzenkandidaten Joachim Stamp haben wir die starken Persönlichkeiten, die nicht nur in dieser Legislaturperiode gezeigt haben, dass sie Reformen voranbringen können, die vor allen Dingen über länger als zwei Jahre gezeigt haben, dass sie in der Krise die Nerven behalten und verantwortliche Entscheidungen treffen können. Wir haben es verdient, weiter zu machen, von hier aus, weil sie bisher schon gezeigt haben, dass sie es können.

Und deshalb alles Gute und viel Erfolg euch. Wir helfen mit.